Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1800

Mündlicher Bericht

des Haushaltsausschusses (13. Ausschuß)

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz 1967)

— Drucksache V/1000 —

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung einer Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Ergänzungshaushaltsgesetz 1967)

— Drucksache V/1235 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Schoettle

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz 1967) nebst Gesamtplan — Drucksache V/1000 — in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung einer Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Ergänzungshaushaltsgesetz 1967) — Drucksache V/1235 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;

2. den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Ergänzungsgesetz zum Finanzplanungsgesetz) — Drucksache V/1195 — durch die Beschlußfassung zu Nummer 1 für erledigt zu erklären;

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

3. den Bericht des Bundesministers der Finanzen über die Entwicklung der sichtbaren und unsichtbaren Finanzhilfen des Bundes — Drucksache V/931 — durch die Beschlußfassung zu Nummer 1 für erledigt zu erklären;

4. die eingegangene Petition durch die Beschlußfassung zu Nummer 1 für erledigt zu erklären.

Bonn, den 12. Mai 1967

Der Haushaltsausschuß

Schoettle

Vorsitzender und Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967
(Haushaltsgesetz 1967)

— Drucksache V/1000 —

des Entwurfs eines Gesetzes
über die Feststellung einer Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967
(Ergänzungshaushaltsgesetz 1967)

— Drucksache V/1235 —

mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)

Entwurf

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz 1967)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

*) Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 wird in Einnahme und Ausgabe auf

75 278 977 900 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

74 238 977 900 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

1 040 000 000 Deutsche Mark.

*) *in der Fassung des Artikels 11 des Entwurfs des Ergänzungshaushaltsgesetzes 1967 — Drucksache V/1235 —*

Beschlüsse des 13. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz 1967)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 wird in Einnahme und Ausgabe auf

77 014 370 300 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

68 961 145 600 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

8 053 224 700 Deutsche Mark.

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
§ 2	§ 2
(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.	unverändert
(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.	
§ 3	§ 3
(1) § 14 der Reichshaushaltsordnung ist auch auf einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen anzuwenden, bei denen der Bund nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 vom Hundert der Baukosten trägt. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von einer Anwendung des § 14 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen; in diesen Fällen dürfen die Bundesmittel den Bauträgern erst bewilligt werden, wenn die in § 14 oder § 45 der Reichshaushaltsordnung bezeichneten Unterlagen vorliegen.	(1) unverändert
(2) Bei Anwendung des § 30a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 150 000 Deutsche Mark und der Betrag von 10 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 30 000 Deutsche Mark zu ersetzen.	(2) unverändert
(3) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gelten für die Benutzung von Dienstkraftwagen außerhalb der rein dienstlichen Verwendung die Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.	(3) unverändert
(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß 1. bewegliche Sachen des Bundes, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden, 2. bewegliche Sachen und Leistungen des Bundes aus Anlaß von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nichtvorhergesehenen Notlage erfolgt.	(4) unverändert
(5) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zu-	(5) unverändert

Entwurf

lassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaues bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen und Städtebau.

(6) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldnern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

(8) Von der Einziehung von Forderungen des Bundes im Verkehr mit Privatpersonen darf mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Abstand genommen werden, wenn die Einziehung mit Verwaltungsaufwand oder Kosten verbunden wäre, die nicht in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Betrages stehen.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberest und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

(6) unverändert

(7) unverändert

(8) unverändert

(9) Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen können zur Erfüllung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 24. Oktober 1961 (zuletzt verlängert am 11. Mai 1964 für die Zeit vom 1. Juli 1965 bis zum 30. Juni 1967) Leistungen vor Empfang der Gegenleistung oder ohne Bestehen einer bestimmten vertraglichen Leistungspflicht bewirkt werden. Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen soll ein gemäß Satz 1 zu leistender Geldbetrag in den Vereinigten Staaten von Amerika angelegt werden.

§ 4

unverändert

Entwurf

§ 5

(1) Verwaltungsvorschriften, die die aus einer einzelnen Zweckbestimmung zu leistenden Ausgaben nach bestimmten Merkmalen festlegen, sind so zu fassen, daß die unter der Zweckbestimmung veranschlagten Mittel zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Ergibt sich, daß bei Aufrechterhaltung der Vorschriften eine Haushaltsüberschreitung erforderlich wird, sind die Vorschriften unverzüglich entsprechend zu ändern. Ausnahmen sind im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen zulässig; hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Verwaltungsvorschriften zugestimmt, so ist grundsätzlich auch die Zustimmung dieses Ausschusses einzuholen.

(2) § 45 b der Reichshaushaltsordnung ist auf Handlungen der Verwaltung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts anzuwenden, durch die die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet wird, über ein Rechnungsjahr hinaus Auszahlungen zu leisten. Das gilt auch für Entscheidungen der Verwaltung auf Grund gesetzlicher Ermächtigung.

(3) § 75 der Reichshaushaltsordnung ist in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1966 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans im Rechnungsjahr 1967 veranschlagte Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1967 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet oder im außerordentlichen Haushalt veranschlagt sind, desgleichen Maßnahmen, durch welche für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen zu Lasten dieser Ausgabemittel entstehen können, bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von bestimmten Ausgabemitteln

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 5

unverändert

§ 6

unverändert

§ 7

unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite es erfordert.	
(3) Der Bundesminister der Finanzen kann aus konjunkturpolitischen Gründen die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel von seiner besonderen vorherigen Zustimmung abhängig machen. Das gleiche gilt für das Eingehen von Verbindlichkeiten zu Lasten künftiger Rechnungsjahre. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Sperre und ihrer Aufhebung das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbeizuführen.	
(4) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen anzuordnen, daß vermögenswirksame Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt veranschlagt sind, aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts geleistet werden, wenn dies nach der Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite zur Sicherung des Haushaltsausgleichs erforderlich ist.	
(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, bei zweckgebundenen Zuschüssen und Darlehen des Bundes an die Länder Abweichungen von im Haushaltsplan vorgesehenen Selbstbeteiligungen der leistungsschwachen Länder zuzulassen.	
§ 8	§ 8 unverändert
(1) Der Beginn von Hochbaumaßnahmen des Bundes sowie die Gewährung von Zuwendungen für Hochbaumaßnahmen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.	
(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Mittel für die Fortführung begonnener und für neue Baumaßnahmen des Bundes sowie die Ausgabenansätze zur Förderung von Baumaßnahmen anderer Stellen in Höhe von 20 vom Hundert zu sperren, wenn und soweit dies aus konjunkturpolitischen Gründen insbesondere mit Rücksicht auf die Lage des Baumarktes erforderlich ist. § 7 Abs. 2 und 3 bleibt unberührt.	
(3) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.	
§ 9	§ 9 unverändert
(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei 1. Titel 104 a und 104 b, 2. Titel 109 a und 109 b, 3. Titel 207 a, b und c.	

Entwurf

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;
5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel;
6. Einsparungen bei Titel 108 zur Verstärkung der bei Titel 217 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) In Abweichung von § 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung sind übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nach Maßgabe der im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerke deckungsfähig.

(5) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(6) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für allgemeine und einmalige Ausgaben der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 19 sowie der Titel 308 a, 308 b, 309 a und 309 b des Kapitels 14 02 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Mittel. § 33 der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 10

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn *dürfen* abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, *die zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn zugelassen sind,* wenn sie *erfolgreich* in

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 10

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn **können** abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn sie in die Aufgaben **der neuen** Laufbahn eingeführt **werden.**

Entwurf

die Aufgaben *dieser* Laufbahn eingeführt *sind und, soweit erforderlich, die Aufstiegsprüfung abgelegt haben.*

§ 11

(1) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen nach Maßgabe des *Dritten* Gesetzes zur *Änderung* des *Bundesbesoldungsgesetzes* umzuwandeln.

(2) Die umgewandelten Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgewandelten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 11

(1) Abweichend von § 36 b Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung kann die Einweisung in eine Planstelle mit Rückwirkung bis zum 1. Januar 1967 erfolgen, soweit der Beamte während dieser Zeit die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Beförderung erfüllt und die Obliegenheiten dieser oder einer gleichartigen Stelle tatsächlich wahrgenommen hat und die Stelle, in die er eingewiesen wird, besetzbar war.

(2) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1968 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend" zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(3) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen nach Maßgabe des **Ersten** Gesetzes zur **Neuregelung** des **Besoldungsrechts** umzuwandeln. Die umgewandelten Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln" zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgewandelten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

unverändert

Entwurf | Beschlüsse des 13. Ausschusses

Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 13

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend vom § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung

§ 13

unverändert

Entwurf

ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 14

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragung nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofes von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 15

Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

*) (2) Das Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG) in der Fas-

*) *in der Fassung des Artikels 2 Nr. 1 des Entwurfs des Ergänzungshaushaltsgesetzes 1967 — Drucksache V/1235 —*

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 14

unverändert

§ 15

(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

(2) Das Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG) in

Entwurf

sung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesrückerstattungsgesetzes vom 2. Oktober 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 809) gilt mit folgender Maßgabe:

1. Die Aufwendungen für die durch Geldleistungen zu erfüllenden Ansprüche nach diesem Gesetz werden für das Rechnungsjahr 1967 auf *200 000 000* Deutsche Mark festgesetzt.

2. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Fälligkeit von Leistungen zur Befriedigung

   von Rechtsansprüchen oder

   von Härtefällen

   ganz oder teilweise hinauszuschieben.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesrückerstattungsgesetzes vom 2. Oktober 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 809) gilt mit folgender Maßgabe:

1. Die Aufwendungen für die durch Geldleistungen zu erfüllenden Ansprüche nach diesem Gesetz werden für das Rechnungsjahr 1967 auf **250 000 000** Deutsche Mark festgesetzt.

2. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Fälligkeit von Leistungen zur Befriedigung

   von Rechtsansprüchen oder

   von Härtefällen

   ganz oder teilweise hinauszuschieben.

(3) Die Zweckbindung nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes über die Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995) gilt im Rechnungsjahr 1967 mit der Maßgabe, daß das Aufkommen an Mineralölsteuer bis zum Betrage von 3 350 000 000 Deutsche Mark für Zwecke des Straßenwesens zu verwenden ist. Artikel 13 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 697) tritt außer Kraft.

(4) Die in Artikel 9 des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) für das Rechnungsjahr 1966 erteilte Finanzierungsermächtigung gilt im Rechnungsjahr 1967 weiter, soweit sie im Rechnungsjahr 1966 nicht in Anspruch genommen worden ist.

§ 16

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1967 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes vom 20. August 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 705), geschuldete Ablieferung, soweit sie über eine Verzinsung des Eigenkapitals mit 7 vom Hundert jährlich hinausgeht, mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Deutsche Bundespost den erlassenen Teilbetrag zur Verstärkung ihres Eigenkapitals verwendet.

§ 16

unverändert

Entwurf

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von *4 500 000 000* Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. Die Kredite dürfen nicht später als 24 Monate nach ihrer Aufnahme fällig werden.

§ 19

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 19 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1966 vom 22. Juni 1966 (Bundesgestzbl. II S. 437) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1966 bleibt bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1968 wirksam.

*) (2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1967 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von *1 040 000 000* Deutsche Mark nicht übersteigen darf.

§ 20

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditge-

*) *in der Fassung des Artikels 3 des Entwurfs des Ergänzungshaushaltsgesetzes 1967 — Drucksache V/1235 —*

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 17

unverändert

§ 18

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von **7 000 000 000** Deutsche Mark nicht überschreiten darf. **Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.** Soweit Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. Die Kredite dürfen nicht später als 24 Monate nach ihrer Aufnahme fällig werden.

§ 19

(1) unverändert

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1967 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von **8 053 224 700** Deutsche Mark nicht übersteigen darf. **Die auf Grund der im Kreditfinanzierungsgesetz 1967 enthaltenen Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den in Satz 1 festgelegten Kreditrahmen anzurechnen.**

§ 20

unverändert

Entwurf | Beschlüsse des 13. Ausschusses

bern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,

b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,

   b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —;

5. zur Sicherung der Finanzierung von förderungswürdigen Aufbauvorhaben in Entwicklungsländern, für die der Bund im Rahmen der Kreditzusageermächtigungen für Kapitalhilfe eine Finanzierungszusage gegeben hat, wenn dadurch eine Finanzierung mit Haushaltsmitteln vermieden wird.

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 19 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 9 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 5 auf 250 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.	
§ 21	§ 21
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.	unverändert
§ 22	§ 22
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.	unverändert
§ 23	§ 23
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 12 400 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen	Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 12 400 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen
1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;	1. unverändert
2. zur Förderung des Verkehrswesens;	2. unverändert
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;	3. unverändert
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — zu vergleichen § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) —;	4. unverändert
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 565) — Grüner Plan —;	5. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;	6. unverändert
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;	7. unverändert
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung von Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das Achtzehnte Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 3. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1043);	8. unverändert
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken namentlich aus Anlaß des Bezugs oder der Verwendung von Kernbrennstoffen für friedliche Zwecke, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;	9. unverändert
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;	10. unverändert
11. zur Förderung des Baues von Hauschutzräumen im Sinne des ersten Unterabschnitts des Gesetzes über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (Schutzbaugesetz) vom 9. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1232);	**Nummer 11 entfällt**
12. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.	12. unverändert
§ 24	§ 24
Gewährleistungen nach den §§ 20 bis 23 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.	unverändert
§ 25	§ 25
(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 20 bis 23 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 20 bis 23 des Haushaltsgesetzes 1966 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.	unverändert

Entwurf

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 20 bis 23 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages halbjährlich über den Stand der nach §§ 20 bis 23 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 27

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5, 7, 8 Abs. 1 und 3, §§ 10 *bis 15,* §§ 17, 18, 19 Abs. 2 sowie §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann ab 1. Januar 1968 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1968 zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts Geldmittel im Wege des Kredits bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark beschaffen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1968 festzulegenden Kreditrahmen anzurechnen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit vom 1. Januar 1968 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1968 Darlehensverpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre einzugehen, soweit dies zur Fortführung von Maßnahmen erforderlich ist, für die bereits im Haushaltsplan 1967 Bindungsermächtigungen bewilligt worden sind. Die neuen Verpflichtungen dürfen jeweils 50 vom Hundert des für den einzelnen Zweck im Haushaltsplan 1967 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages, höchstens jedoch 50 vom Hundert des im Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1968 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages nicht überschreiten. Die auf Grund dieser Ermächtigung eingegangenen Verpflichtungen sind jeweils auf die durch den Haushaltsplan 1968 festgelegten Bindungsermächtigungen anzurechnen.

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 26

unverändert

§ 27

unverändert

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5, 7, 8 Abs. 1 und 3, §§ 10, **11 Abs. 2 und 3,** §§ 12 bis 14 und **15 Abs. 1,** §§ 17, 18, 19 Abs. 2 sowie §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) unverändert

(3) unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 13. Ausschusses

§ 28 a

(1) Unbeschadet des § 1389 der Reichsversicherungsordnung und des § 116 des Angestelltenversicherungsgesetzes werden der auf das Rechnungsjahr 1967 entfallende Bundeszuschuß an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter um 117 000 000 Deutsche Mark im Verhältnis ihrer Bar- und Anlagevermögen am 31. Dezember 1966 und der auf das Rechnungsjahr 1967 entfallende Bundeszuschuß an den Träger der Angestelltenversicherung um 83 000 000 Deutsche Mark gekürzt.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Rechnungsjahr 1967 von den nach Absatz 1 verbleibenden Bundeszuschüssen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter einen Teilbetrag bis zur Höhe von 730 000 000 Deutsche Mark und an die Träger der Rentenversicherung der Angestellten einen Teilbetrag bis zur Höhe von 520 000 000 Deutsche Mark in der Weise zu entrichten, daß er Schuldbuchforderungen gegen den Bund zuteilt, die auf sein Ersuchen in das Bundesschuldbuch eingetragen werden. Der auf die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter entfallende Teilbetrag ist auf die einzelnen Rentenversicherungsträger im Verhältnis ihres am 31. Dezember 1966 vorhandenen Bar- und Anlagevermögens aufzuteilen; Abweichendes kann vereinbart werden. Die Schuldbuchforderungen werden, soweit nichts anderes vereinbart wird, in vier gleichen Teilbeträgen in den Monaten Mai, Juni, September und Oktober zugeteilt. Die Schuldbuchforderungen sind jährlich mit 6,75 vom Hundert zu verzinsen und mit 4 vom Hundert zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Die Zins- und Tilgungsbeträge sind nachträglich jährlich am 21. Dezember eines jeden Jahres zahlbar, erstmals am 21. Dezember 1968. Für die Zeiten zwischen der Begebung und dem Beginn des Zinsenlaufs sind 6,75 vom Hundert Stückzinsen zu vergüten. Die Schuldbuchforderungen dürfen vom Ersterwerber an einen anderen Träger der Rentenversicherung unbeschränkt, im übrigen nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen veräußert werden.

(3) Artikel 4 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung vom 23. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 697) tritt außer Kraft.

§ 28 b

a) In § 1314 der Reichsversicherungsordnung wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Träger der Rentenversicherung der Angestellten erstatten im Rechnungsjahr 1967 den Trägern der knappschaftlichen Rentenversicherung 27 vom Hundert der Aufwendungen der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche Krankenversicherung der Rentner. Der Erstattungsbetrag ist

Entwurf | Beschlüsse des 13. Ausschusses

von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu 84 vom Hundert und dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu 16 vom Hundert zu tragen; die Anteile gelten als Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner."

b) In § 93 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Träger der Rentenversicherung der Angestellten erstatten im Rechnungsjahr 1967 den Trägern der knappschaftlichen Rentenversicherung 27 vom Hundert der Aufwendungen der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche Krankenversicherung der Rentner. Der Erstattungsbetrag ist von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu 84 vom Hundert und dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu 16 vom Hundert zu tragen; die Anteile gelten als Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner."

c) In § 104 des Reichsknappschaftsgesetzes wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Träger der Rentenversicherung der Angestellten erstatten im Rechnungsjahr 1967 den Trägern der knappschaftlichen Rentenversicherung 27 vom Hundert der Aufwendungen der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche Krankenversicherung der Rentner. Der Erstattungsbeitrag ist von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu 84 vom Hundert und dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu 16 vom Hundert zu tragen; die Anteile gelten als Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner."

§ 28 c

§ 138 des Bundessozialhilfegesetzes vom 30. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 815), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundessozialhilfegesetzes vom 31. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1027), findet im Rechnungsjahr 1967 keine Anwendung.

§ 28 d

§ 14 a des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. April 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 265) in der Fassung des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 697) findet in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1967 keine Anwendung.

§ 29 (Entwurf)

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 29 (Beschlüsse des 13. Ausschusses)

unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 13. Ausschusses
§ 30	§ 30
Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.	unverändert
§ 31	§ 31
Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1967 in Kraft.	unverändert

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1967

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	240 900	237 500
01 03	Bundespräsidialamt	15 800	— 1 600	1 895 100	1 824 300
	Zusammen	15 800	— 1 600	2 136 000	2 061 800
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	658 200	+ 24 500	13 641 000	13 957 000
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	1 000	— 300	961 600	888 000
	Zusammen	659 200	+ 24 200	14 602 600	14 845 000
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	25 000	+ 800	1 826 200	1 708 800
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	21 600	— 4 300	5 776 800	5 108 600
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	502 200	— 48 000	13 009 100	12 384 500
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	523 800	— 52 300	18 785 900	17 493 100
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	303 600	+ 1 600	37 257 200	33 636 700
05 02	Allgemeine Bewilligungen	40 000	+ 40 000	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	9 970 000	+ 4 200 000	175 152 000	158 256 000
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
05 05	Zentralstelle für Verwaltungsaufgaben zur Pflege der kulturellen Auslandsbeziehungen	—	—	—	—
	Zusammen	10 313 600	+ 4 241 600	212 409 200	191 892 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		**Ordentliche Ausgaben**		
1967 DM	1966 DM	**1967** DM	1966 DM	**1967** DM	1966 DM	**1967** DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13	14	15
300 000	275 000	**700 000**	750 000	**—**	—	**1 240 900**	— 21 600	01 01
909 300	906 300	**2 073 500**	2 305 000	**15 500**	40 600	**4 893 400**	— 182 800	01 03
1 209 300	1 181 300	**2 773 500**	3 055 000	**15 500**	40 600	**6 134 300**	— 204 400	
7 669 100	6 731 900	**33 607 800**	34 334 400	**16 088 400**	4 045 400	**71 006 300**	+ 11 937 600	02 01
217 900	232 600	**—**	—	**—**	—	**1 179 500**	+ 58 900	02 03
7 887 000	6 964 500	**33 607 800**	34 334 400	**16 088 400**	4 045 400	**72 185 800**	+ 11 996 500	
724 300	664 400	**434 000**	424 000	**—**	36 000	**2 984 500**	+ 151 300	03 01
1 298 300	1 002 300	**707 200**	707 200	**276 500**	14 000	**8 058 800**	+ 1 226 700	04 01
— 6 910 900	— 7 414 200	**2 200 000**	—	**—**	—	**— 4 710 900**	+ 2 703 300	04 02
2 959 000	2 940 500	**85 650 600**	84 166 700	**460 100**	270 400	**102 078 800**	+ 2 316 700	04 03
—	—	**66 207 200**	65 593 200	**—**	—	**66 207 200**	+ 614 000	04 04
— 2 653 600	3 471 400	**154 765 000**	150 467 100	**736 600**	284 400	**171 633 900**	+ 6 860 700	
23 490 000	22 968 100	**114 000**	104 000	**2 565 700**	1 699 800	**63 426 900**	+ 5 018 300	05 01
—	—	**274 573 900**	268 720 100	**88 535 700**	88 589 000	**363 109 600**	+ 5 800 500	05 02
38 249 000	35 540 000	**2 190 000**	3 730 000	**18 762 000**	23 190 600	**234 353 000**	+ 13 636 400	05 03
—	—	**5 316 400**	4 919 700	**—**	—	**5 316 400**	+ 396 700	05 04
—	—	**—**	—	**—**	—	**—**	—	05 05
61 739 000	58 508 100	**282 194 300**	277 473 800	**109 863 400**	113 479 400	**666 205 900**	+ 24 851 900	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern in Bonn	**53 500**	— 1 600	**24 775 200**	22 217 900
06 02	Allgemeine Bewilligungen	**17 901 400**	+ 5 141 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht in Berlin	**355 700**	— 1 300	**4 967 400**	4 687 100
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin	**1 200**	+ 800	**591 100**	506 400
06 05	Bundesdisziplinarhof in Berlin	**1 500**	— 300	**1 765 600**	1 755 200
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof in Frankfurt (Main)	**100**	—	**457 800**	439 200
06 07	Bundesdisziplinarkammern in Frankfurt (Main)	**35 000**	— 2 000	**480 000**	455 900
06 08	Statistisches Bundesamt in Wiesbaden	**354 200**	+ 6 000	**35 532 000**	33 116 700
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln	**120 800**	— 1 100	**14 659 600**	14 540 700
06 10	Bundeskriminalamt in Wiesbaden	**27 000**	— 105 600	**11 473 200**	11 491 000
06 13	Bundesarchiv in Koblenz	**50 700**	— 600	**2 746 300**	2 731 400
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung in Bad Godesberg	**142 100**	+ 8 200	**1 877 200**	1 711 800
06 15	Bundesverwaltungsamt in Köln	**61 500**	— 15 000	**9 319 700**	8 258 400
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie in Frankfurt (Main)	**241 000**	— 82 200	**5 062 000**	4 437 700
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz in Bad Godesberg	**5 177 000**	+ 309 100	**21 002 000**	17 102 000
06 20	Akademie für zivile Verteidigung	—	—	**511 700**	593 800
06 21	Bundesluftschutzverband	—	—	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	**170 500**	— 109 800	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	**2 907 500**	— 21 900	**186 975 000**	183 268 800
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern in Bonn	**123 000**	+ 3 000	**5 128 300**	4 993 100
06 29	Deutsches Archäologisches Institut in Berlin	**37 300**	+ 400	**5 335 400**	4 721 500
06 30	Deutsches Historisches Institut in Rom *)	—	— 3 500	—	676 500
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg **)	—	— 1 000	—	121 900
06 33	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf (Kr. Fürth)	**10 700**	—	**1 561 800**	1 374 900
06 34	Bundesinstitut **für ostwissenschaftliche und internationale Studien** in Köln	**500**	+ 300	**1 325 300**	1 201 900
06 35	Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn	**44 800**	+ 1 500	**1 355 400**	1 312 600
06 36	Kriegsfolgenhilfe und entsprechende Leistungen, Kriegsopferfürsorge	**69 560 000**	+ 12 550 000	—	—
	Zusammen	**97 377 000**	+ 17 674 400	**336 902 000**	321 716 400
	07				
	Bundesminister der Justiz				
07 01	Bundesministerium der Justiz	**2 644 700**	+ 410 500	**11 200 400**	10 713 800
07 02	Allgemeine Bewilligungen	**1 000**	—	—	—
07 03	Bundesgerichtshof in Karlsruhe	**3 060 000**	+ 200	**8 736 800**	8 220 600
07 04	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe	**500**	—	**4 664 100**	4 626 400
07 05	Deutsches Patentamt in München	**70 424 400**	+ 2 099 500	**39 658 300**	36 445 200
07 06	Bundespatentgericht in München	**2 000**	—	**7 155 500**	6 480 000
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht in Herford	**31 400**	— 3 000	**1 005 300**	1 051 800
	Zusammen	**76 164 000**	+ 2 507 200	**72 420 400**	67 537 800
	08				
	Bundesminister der Finanzen				
08 01	Bundesministerium der Finanzen in Bonn	**251 700**	— 12 300	**46 307 200**	43 001 300
08 02	Allgemeine Bewilligungen	**80 100**	— 1 300	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	**7 300**	+ 500	**3 628 400**	3 338 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	**37 919 000**	— 334 300	**587 762 500**	552 359 000
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	**1 092 000**	1 044 400
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen in Stadthagen	—	—	**196 800**	193 300
	Zusammen	**38 258 100**	— 347 400	**638 986 900**	599 936 500

*) Ab 1967 bei Einzelplan 31 als Kap. 31 06 veranschlagt.
**) Ab 1967 bei Einzelplan 29 als Kap. 29 03 veranschlagt.

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1967 DM	Sachausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1967 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1967 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben 1967 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
2 895 400	2 582 100	**250 000**	240 000	**126 300**	205 100	**28 046 900**	+ 2 801 800	06 01
— **70 000**	— 60 000	**224 252 100**	248 677 600	**98 970 000**	116 292 300	**323 152 100**	— 41 757 800	06 02
534 000	419 400	**20 000**	20 000	**8 000**	20 500	**5 529 400**	+ 382 400	06 03
43 600	33 600	—	—	**11 000**	—	**645 700**	+ 105 700	06 04
329 900	285 400	**29 000**	30 000	**100 000**	80 000	**2 224 500**	+ 73 900	06 05
34 000	34 800	**16 000**	16 000	—	—	**507 800**	+ 17 800	06 06
181 700	171 500	**37 000**	35 000	—	—	**698 700**	+ 36 300	06 07
3 113 300	2 940 200	**4 475 100**	4 260 500	**5 951 700**	6 828 800	**49 072 100**	+ 1 925 900	06 08
2 193 200	1 980 800	**5 702 000**	5 510 300	**297 100**	383 300	**22 851 900**	+ 436 800	06 09
1 710 400	1 602 900	**2 621 000**	2 474 800	**831 700**	521 200	**16 636 300**	+ 546 400	06 10
830 300	1 134 000	**207 000**	242 000	**265 000**	297 100	**4 048 600**	— 355 900	06 13
496 200	483 400	**427 300**	397 900	**185 000**	6 900	**2 985 700**	+ 385 700	06 14
1 501 900	1 431 600	**32 284 000**	32 529 400	—	—	**43 105 600**	+ 886 200	06 15
762 000	685 700	**460 400**	440 400	**533 000**	207 100	**6 817 400**	+ 1 046 500	06 16
5 585 500	5 525 500	**27 280 500**	26 249 500	**28 771 700**	35 129 000	**82 639 700**	— 1 366 300	06 19
178 700	223 200	**100 000**	100 000	**11 000**	100 100	**801 400**	— 215 700	06 20
—	—	**35 655 200**	37 000 000	**2 000 000**	—	**37 655 200**	+ 655 200	06 21
—	—	**6 485 000**	9 335 000	**11 295 000**	11 598 000	**17 780 000**	— 3 153 000	06 24
17 444 600	17 542 600	**39 699 200**	39 493 600	**66 317 200**	78 202 400	**310 436 000**	— 8 071 400	06 25
812 000	767 500	**100 800**	98 900	**28 000**	—	**6 069 100**	+ 209 600	06 26
1 119 600	1 093 900	**2 459 100**	2 162 100	**328 800**	431 900	**9 242 900**	+ 833 500	06 29
—	188 700	—	151 700	—	25 000	—	— 1 041 900	06 30
—	39 900	—	19 000	—	—	—	— 180 800	06 31
155 500	149 300	—	—	—	—	**1 717 300**	+ 193 100	06 33
424 800	415 000	**592 000**	582 000	**85 000**	118 700	**2 427 100**	+ 109 500	06 34
377 300	336 700	**11 750 000**	11 100 000	—	—	**13 482 700**	+ 733 400	06 35
—	—	**638 597 900**	618 812 900	**200 000**	200 000	**638 797 900**	+ 19 785 000	06 36
40 653 900	40 007 700	**1 033 500 600**	1 039 978 600	**216 315 500**	250 647 400	**1 627 372 000**	— 24 978 100	
1 721 500	1 534 800	**317 000**	358 000	**86 800**	85 000	**13 325 700**	+ 634 100	07 01
—	—	**387 000**	432 000	**65 000**	—	**452 000**	+ 20 000	07 02
1 603 800	1 615 700	**529 000**	509 000	**14 000**	—	**10 883 600**	+ 538 300	07 03
20 900	20 900	—	—	—	—	**4 685 000**	+ 37 700	07 04
5 200 500	5 136 400	**7 054 000**	6 229 000	**74 300**	245 000	**51 987 100**	+ 3 931 500	07 05
142 500	118 300	**10 000**	10 000	—	—	**7 308 000**	+ 699 700	07 06
141 900	144 100	**633 300**	601 400	**12 500**	12 500	**1 793 000**	— 16 800	07 07
8 831 100	8 570 200	**8 930 300**	8 139 400	**252 600**	342 500	**90 434 400**	+ 5 844 500	
3 700 400	3 762 800	—	—	**281 100**	45 500	**50 288 700**	+ 3 479 100	08 01
—	—	**3 721 200**	3 503 500	—	—	**3 721 200**	+ 217 700	08 02
321 400	313 600	**5 000**	—	—	—	**3 954 800**	+ 302 700	08 03
166 986 700	156 158 100	**5 655 000**	9 275 000	**24 666 000**	18 777 600	**785 070 200**	+ 48 500 500	08 04
—	—	—	—	—	—	**1 092 000**	+ 47 600	08 08
—		—	—	—	—	—	—	08 09
57 200	52 700	—	—	—	—	**254 000**	+ 8 000	08 10
171 065 700	160 287 200	**9 381 200**	12 778 500	**24 947 100**	18 823 100	**844 380 900**	+ 52 555 600	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	**893 400**	— 258 100	**37 705 500**	33 818 600
09 02	Allgemeine Bewilligungen	**425 900**	— 56 100	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und Berlin	**3 875 600**	+ 207 000	**20 874 500**	19 103 000
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	**6 523 300**	+ 667 000	**5 693 400**	5 107 900
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt (Main)	**76 900**	— 1 800	**7 790 800**	7 192 900
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln	**13 600**	+ 3 600	**2 210 800**	2 112 000
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin	**2 961 400**	+ 3 400	**10 638 000**	9 381 700
09 08	Bundeskartellamt in Berlin	**753 700**	— 248 800	**3 943 200**	3 654 200
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung in Hannover	**2 069 900**	— 209 800	**4 905 400**	4 033 200
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin	**2 923 800**	+ 311 300	**2 487 200**	2 098 800
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	**13 200**	+ 1 900	**1 572 100**	1 284 300
	Zusammen	**20 530 700**	+ 419 600	**97 820 900**	87 786 600
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn	**297 000**	— 27 300	**19 537 400**	18 294 400
10 02	Allgemeine Bewilligungen	**94 218 400**	+ 7 227 000	—	—
10 03	Marktordnung	**553 070 700**	— 200 214 100	—	—
10 07	Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt (Main)	**2 800 900**	— 1 375 800	**5 921 300**	5 707 100
10 08	Bundessortenamt in Rethmar	**968 100**	+ 800	**1 883 400**	1 651 000
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin und Braunschweig	**963 200**	+ 56 800	**7 449 000**	6 536 900
10 11	Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel	**346 000**	+ 9 300	**3 100 700**	2 487 200
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg	**394 700**	— 30 800	**3 956 400**	3 647 300
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek bei Hamburg	**498 600**	+ 128 200	**3 343 300**	2 604 700
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht in Celle	**124 700**	+ 8 500	**1 322 200**	1 096 200
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin und Detmold	**648 000**	+ 100 000	**2 119 700**	1 880 400
10 16	Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach	**300 000**	— 70 000	**1 167 000**	986 600
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung in Karlsruhe	**111 500**	— 43 100	**2 384 400**	1 637 700
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse in Geisenheim	**30 800**	—	**604 700**	516 400
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung in Forchheim	**79 800**	+ 7 800	**1 005 300**	939 600
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft in Stuttgart-Hohenheim	**43 400**	+ 200	**612 100**	576 200
10 21	Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege in Bad Godesberg	**43 900**	— 56 300	**658 800**	619 600
10 22	Bundesanstalt für Fettforschung in Münster/Westf.	**53 300**	— 21 300	**304 200**	284 700
10 23	Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen	**358 700**	+ 358 700	**1 357 500**	—
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen	**85 000**	— 13 700	**2 430 600**	2 265 200
10 25	Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode	**495 900**	— 408 100	**8 323 600**	6 660 900
	Zusammen	**655 932 600**	— 194 363 200	**67 481 600**	58 394 100

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1967 DM	Sachausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1967 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1967 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben 1967 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
4 839 200	5 078 800	413 000	142 200	2 114 500	1 153 000	45 072 200	+ 4 579 600	09 01
—	—	98 345 100	122 390 200	604 419 000	526 465 000	702 764 100	— 53 908 900	09 02
3 460 400	3 073 800	6 163 500	4 583 500	11 021 800	5 409 600	41 520 200	+ 9 350 300	09 03
518 600	493 100	75 200	75 200	—	4 300	6 287 200	+ 606 700	09 04
1 899 800	1 882 800	—	—	12 900	14 000	9 703 500	+ 613 800	09 05
602 800	552 200	2 410 000	2 000 000	62 200	10 400	5 285 800	+ 611 200	09 06
1 931 700	1 796 000	3 961 600	3 610 000	8 015 800	3 218 000	24 547 100	+ 6 541 400	09 07
326 500	319 000	4 500	4 500	11 000	20 200	4 285 200	+ 287 300	09 08
825 200	732 400	2 819 600	2 684 600	1 394 500	2 080 000	9 944 700	+ 414 400	09 09
493 400	461 200	25 000	27 000	11 000	18 200	3 016 600	+ 411 400	09 10
312 000	264 900	108 000	92 000	4 012 400	320 000	6 004 500	+ 4 043 300	09 11
15 209 600	14 654 200	114 325 500	135 909 200	631 075 100	538 712 700	858 431 100	— 81 368 400	
2 031 900	1 895 800	5 665 700	4 763 300	2 939 700	4 037 100	30 174 700	+ 1 184 100	10 01
—	—	2 611 432 600	3 355 351 300	452 075 000	801 298 000	3 063 507 600	— 1 093 141 700	10 02
—	—	903 859 200	480 854 800	16 090 000	2 462 000	919 949 200	+ 436 632 400	10 03
4 419 700	2 015 000	20 000	20 000	14 900	12 300	10 375 900	+ 2 621 500	10 07
211 800	266 500	1 210 800	1 196 900	4 700	8 300	3 310 700	+ 188 000	10 08
1 154 000	1 080 300	1 448 700	1 354 600	3 512 200	468 000	13 563 900	+ 4 124 100	10 10
620 000	498 700	1 002 900	840 800	2 150 000	1 369 300	6 873 600	+ 1 677 600	10 11
786 300	1 016 200	898 500	946 100	1 790 700	1 500 000	7 431 900	+ 322 300	10 12
499 800	441 800	597 900	601 400	3 950 000	267 000	8 391 000	+ 4 476 100	10 13
286 900	305 100	293 900	317 200	2 380 000	980 000	4 283 000	+ 1 582 500	10 14
357 100	469 300	996 400	892 500	2 707 100	1 001 300	6 180 300	+ 1 956 800	10 15
171 700	151 800	415 400	477 200	—	—	1 754 100	+ 138 500	10 16
365 600	332 900	523 100	531 300	2 657 000	2 730 000	5 930 100	+ 698 200	10 17
99 600	116 500	94 900	78 100	163 000	307 900	962 200	— 56 700	10 18
210 700	209 200	166 900	159 100	—	6 400	1 382 900	+ 68 600	10 19
83 500	113 300	83 800	78 000	—	—	779 400	+ 11 900	10 20
157 000	201 600	188 400	236 700	—	10 500	1 004 200	— 64 200	10 21
48 900	42 900	109 000	155 200	—	—	462 100	— 20 700	10 22
274 400	—	534 200	—	—	—	2 166 100	+ 2 166 100	10 23
682 400	748 600	442 900	468 200	1 226 200	320 000	4 782 100	+ 980 100	10 24
1 237 000	2 399 800	1 115 800	1 518 900	4 942 600	3 409 800	15 619 000	+ 1 629 600	10 25
13 698 300	12 305 300	3 531 101 000	3 850 841 600	496 603 100	820 187 900	4 108 884 000	— 632 844 900	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	11				
	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung				
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	**100 000**	— 14 500	**15 950 000**	14 572 000
11 02	Allgemeine Bewilligungen	**267 000**	— 1 580 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung in Wilhelmshaven	**76 900**	+ 25 300	**2 452 100**	2 457 400
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz	**111 000**	+ 106 000	**715 700**	562 200
11 05	Bundesarbeitsgericht in Kassel	**102 000**	— 14 400	**2 051 100**	1 915 500
11 06	Bundesversicherungsamt in Berlin	**75 400**	+ 47 500	**3 035 900**	2 826 000
11 07	Bundessozialgericht in Kassel	**171 500**	+ 1 500	**4 024 800**	4 077 900
11 08	Ziviler Ersatzdienst	**4 877 700**	+ 5 000	**7 389 000**	6 952 900
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	**20 000**	— 15 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	**10 670 000**	— 280 300	—	—
11 13	Sozialversicherung	**2 410 000**	+ 660 000	—	—
	Zusammen	**18 881 500**	— 1 058 900	**35 618 600**	33 363 900
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	**124 200**	— 23 400	**28 203 200**	25 612 100
12 02	Allgemeine Bewilligungen	**29 983 600**	+ 2 617 500	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	**119 909 100**	+ 11 897 500	**105 176 000**	87 334 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	**46 800**	— 45 300	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	— 1 500 000	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	**835 600**	+ 214 600	**2 651 600**	1 864 000
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	**179 700**	+ 78 100	**1 400 700**	1 184 000
12 08	Bundesamt für Schiffsvermessung in Hamburg	**850 500**	+ 99 000	**836 200**	719 000
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	**3 424 500**	+ 352 300	**12 505 900**	11 046 300
12 10	Bundesfernstraßen	**33 311 200**	+ 4 155 900	—	—
12 10 a	Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden	—	—	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln	**3 590 900**	+ 873 600	**2 535 500**	1 811 600
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	**21 960 400**	+ 1 069 100	**11 680 900**	11 298 000
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt (Main)	**36 100**	+ 2 000	**180 700**	152 300
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	**2 984 000**	+ 220 000	**38 728 100**	34 988 500
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main)	**1 695 500**	— 4 658 800	**41 075 100**	35 264 500
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	**411 600**	+ 250 000	**2 466 900**	1 262 400
12 17	Luftfahrt	**5 267 500**	— 5 601 500	—	—
	Zusammen	**224 611 200**	+ 10 000 600	**247 440 800**	212 536 700
	13				
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	**103 400**	100 300
13 03	Bundesdruckerei	**5 124 000**	— 1 756 400	—	—
	Zusammen	**5 124 000**	— 1 756 400	**103 400**	100 300

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1967 DM	Sachausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1967 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1967 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben 1967 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
2 312 000	2 195 400	950 000	930 000	355 200	464 000	19 567 200	+ 1 405 800	11 01
—	—	12 512 500	53 969 800	13 020 000	15 750 000	25 532 500	— 44 187 300	11 02
290 200	294 800	—	—	236 500	—	2 978 800	+ 226 600	11 03
271 500	165 000	95 500	17 100	36 300	—	1 119 000	+ 374 700	11 04
202 200	197 900	60 000	63 000	7 500	—	2 320 800	+ 144 400	11 05
438 400	478 000	15 000	15 000	7 600	—	3 496 900	+ 177 900	11 06
311 600	302 300	55 000	49 000	7 600	—	4 399 000	— 30 200	11 07
48 000	37 000	3 766 600	3 748 100	145 000	555 000	11 348 600	+ 55 600	11 08
—	—	5 792 197 000	5 132 765 000	—	—	5 792 197 000	+ 659 432 000	11 10
—	—	14 269 300	42 509 500	—	—	14 269 300	— 28 240 200	11 11
—	—	8 630 303 700	8 398 464 900	—	—	8 630 303 700	+ 231 838 800	11 13
3 873 900	3 670 400	14 454 224 600	13 632 531 400	13 815 700	16 769 000	14 507 532 800	+ 821 198 100	
4 732 900	5 306 200	—	—	97 100	19 000	33 033 200	+ 2 095 900	12 01
— 36 676 700	— 35 848 700	1 693 594 400	2 928 258 200	41 656 500	56 231 300	1 698 574 200	— 1 250 066 600	12 02
13 575 800	12 936 800	213 135 500	197 765 500	30 841 500	120 252 400	362 728 800	— 55 559 900	12 03
—	—	—	—	384 800	430 100	384 800	— 45 300	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
444 700	433 900	216 000	182 500	166 800	—	3 479 100	+ 998 700	12 06
164 000	151 900	281 000	251 500	395 900	246 500	2 241 600	+ 407 700	12 07
135 800	52 600	2 500	3 500	—	—	974 500	+ 199 400	12 08
1 114 700	1 021 900	3 007 100	2 573 500	2 655 100	355 900	19 282 800	+ 4 286 100	12 09
—		3 350 000 000	3 400 000 000	—	—	3 350 000 000	— 50 000 000	12 10
—	—	660 000 000	—	—	—	660 000 000	+ 660 000 000	12 10 a
606 000	229 900	444 700	360 000	4 700	315 800	3 590 900	+ 873 600	12 11
3 679 800	3 541 200	5 917 800	5 672 800	483 800	271 000	21 762 300	+ 979 300	12 12
65 300	37 800	117 000	111 000	—	—	363 000	+ 61 900	12 13
2 963 500	2 559 900	8 676 000	7 776 300	3 428 700	5 613 600	53 796 300	+ 2 858 000	12 14
4 689 600	4 034 800	35 120 000	28 388 000	38 651 400	31 588 900	119 536 100	+ 20 259 900	12 15
464 800	194 100	71 000	286 000	15 000	—	3 017 700	+ 1 275 200	12 16
—	—	42 999 900	55 344 500	—	3 104 000	42 999 900	— 15 448 600	12 17
— 4 039 800	— 5 347 700	6 013 582 900	6 626 973 300	118 781 300	218 427 600	6 375 765 200	— 676 824 700	
—	—	—	—	—	—	103 400	+ 3 100	13 01
—	—	—	—	1 400 000	900 000	1 400 000	+ 500 000	13 03
—	—	—	—	1 400 000	900 000	1 503 400	+ 503 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	—	—	173 707 000	102 013 100
14 02	Allgemeine Bewilligungen	319 015 000	+ 77 555 000	— 100 000 000	
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	1 470 000	+ 1 000 000	2 935 240 000	2 556 370 000
14 04	Bundeswehrverwaltung usw.	—	—	1 936 992 000	1 780 120 000
14 05	Bildungswesen	45 000	+ 5 000	—	—
14 06	Militärseelsorge	—	—	13 072 200	11 670 000
14 07	Rechtspflege	—	—	2 390 400	2 188 000
14 08	Sanitätswesen	1 323 000	+ 51 000	—	—
14 10	Verpflegung	240 000	—	—	—
14 11	Bekleidung	2 825 000	+ 125 000	—	—
14 12	Unterbringung	82 330 000	+ 9 930 200	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	890 000	— 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	30 000	—	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	2 701 200	— 147 700	—	—
14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	—	250 240 000	220 569 000
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	—	—	915 100 000	910 050 000
	Zusammen	410 869 200	+ 88 018 500	6 126 741 600	5 582 980 100
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	13 200	+ 5 000	8 069 700	6 907 900
15 02	Allgemeine Bewilligungen	3 138 600	+ 338 600	—	—
15 03	Bundesgesundheitsamt in Berlin	1 481 100	+ 3 500	12 820 700	11 048 700
15 04	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	454 600	+ 454 600	1 410 900	—
	Zusammen	5 087 500	+ 801 700	22 301 300	17 956 600
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	29 500	+ 10 500	3 097 600	2 978 000
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	17 600	— 1 900	12 354 700	12 353 500
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	46 000	+ 8 300	7 375 500	6 023 900
23 02	Allgemeine Bewilligungen	143 928 100	— 23 726 900	—	—
	Zusammen	143 974 100	— 23 718 600	7 375 500	6 023 900

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1967 DM	Sachausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1967 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1967 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben 1967 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
19 328 500	19 415 000	5 923 000	6 635 000	198 500	224 000	199 157 000	+ 70 869 900	14 01
405 068 000	513 806 900	1 408 794 800	1 055 619 300	630 000 000	—	2 343 862 800	+ 774 436 600	14 02
90 350 000	78 450 000	174 895 000	164 340 000	6 800 000	8 340 000	3 207 285 000	+ 399 785 000	14 03
47 471 500	41 750 000	19 530 000	18 150 000	7 216 000	6 847 000	2 011 209 500	+ 164 342 500	14 04
—	—	27 050 000	29 964 600	1 110 000	1 530 000	28 160 000	— 3 334 600	14 05
1 321 400	1 447 400	1 614 000	1 684 000	748 100	846 800	16 755 700	+ 1 107 500	14 06
172 000	153 500	77 000	60 000	—	11 500	2 639 400	+ 226 400	14 07
—	—	114 880 000	116 140 000	59 000 000	66 500 000	173 880 000	— 8 760 000	14 08
—	—	288 185 000	296 050 000	—	800 000	288 185 000	— 8 665 000	14 10
—	—	195 910 000	138 070 000	40 600 000	53 000 000	236 510 000	+ 45 440 000	14 11
770 110 000	743 550 000	202 950 000	— 62 580 000	204 950 000	2 309 421 000	1 178 010 000	— 1 812 381 000	14 12
—	—	21 000 000	19 000 000	65 000 000	70 000 000	86 000 000	— 3 000 000	14 13
94 000 000	82 000 000	110 000 000	100 000 000	445 000 000	393 000 000	649 000 000	+ 74 000 000	14 14
—	—	963 566 600	981 540 000	1 910 000 000	1 897 200 000	2 873 566 600	— 5 173 400	14 15
—	—	6 750 000	6 500 000	33 000 000	29 000 000	39 750 000	+ 4 250 000	14 16
—	—	177 160 000	191 640 000	60 000 000	35 000 000	237 160 000	+ 10 520 000	14 17
—	—	138 180 000	121 123 000	493 000 000	475 200 000	631 180 000	+ 34 857 000	14 18
—	—	772 500 000	758 500 000	998 100 000	907 600 000	1 770 600 000	+ 104 500 000	14 19
11 090 000	9 854 000	24 110 000	26 580 000	31 391 000	28 183 200	316 831 000	+ 31 644 800	14 21
—	—	31 108 000	38 108 000	—	—	946 208 000	— 1 950 000	14 23
1 438 911 400	1 490 426 800	4 684 183 400	4 007 123 900	4 986 113 600	6 282 703 500	17 235 950 000	— 127 284 300	
1 638 600	1 531 300	—	—	22 000	36 400	9 730 300	+ 1 254 700	15 01
—	—	36 344 300	54 837 800	2 234 000	2 691 000	38 578 300	— 18 950 500	15 02
2 559 300	2 097 400	4 320 300	4 000 800	2 886 700	2 538 500	22 587 000	+ 2 901 600	15 03
329 500	—	232 600	—	34 000	—	2 007 000	+ 2 007 000	15 04
4 527 400	3 628 700	40 897 200	58 838 600	5 176 700	5 265 900	72 902 600	— 12 787 200	
446 100	436 100	4 000	4 000	5 016 000	2 014 200	8 563 700	+ 3 131 400	19 01
1 832 700	1 863 300	100 000	80 000	—	18 400	14 287 400	— 27 800	20 01
1 526 500	1 585 200	—	—	256 300	205 000	9 158 300	+ 1 344 200	23 01
—	—	481 339 100	988 845 400	—	119 600 000	481 339 100	— 627 106 300	23 02
1 526 500	1 585 200	481 339 100	988 845 400	256 300	119 805 000	490 497 400	— 625 762 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	24				
	Bundesschatzminister				
24 01	Bundesschatzministerium	**182 000**	+ 50 900	**8 847 400**	8 429 500
24 02	Allgemeine Bewilligungen	**75 827 300**	+ 5 057 300	**—**	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	**260 320 200**	+ 10 328 500	**—**	—
24 04	Bundesbaudirektion	**1 271 200**	+ 299 500	**7 721 700**	7 222 400
	Zusammen	**337 600 700**	+ 15 736 200	**16 569 100**	15 651 900
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau	**36 600**	+ 7 300	**7 492 400**	7 163 300
25 02	Allgemeine Bewilligungen	**233 445 300**	+ 4 104 100	**—**	—
	Zusammen	**233 481 900**	+ 4 111 400	**7 492 400**	7 163 300
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**6 400**	+ 400	**4 948 200**	4 947 600
26 02	Allgemeine Bewilligungen	**12 360 000**	— 13 910 000	**—**	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und Gießen und des Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung im Grenzdurchgangslager Friedland	**1 000**	—	**2 046 600**	2 227 900
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	**5 500**	+ 1 200	**3 690 300**	3 660 100
	Zusammen	**12 372 900**	— 13 908 400	**10 685 100**	10 835 600
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	**70 400**	— 122 400	**6 808 200**	6 509 800
27 02	Allgemeine Bewilligungen	**190 200**	+ 61 300	**—**	—
	Zusammen	**260 600**	— 61 100	**6 808 200**	6 509 800
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**3 000**	+ 300	**1 187 700**	1 061 100
	29				
	Bundesminister für Familie und Jugend				
29 01	Bundesministerium für Familie und Jugend	**5 300**	+ 3 200	**3 354 800**	3 190 400
29 02	Allgemeine Bewilligungen	**2 730 000**	— 670 000	**—**	—
29 03	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg	**1 000**	+ 1 000	**137 900**	—
	Zusammen	**2 736 300**	— 665 800	**3 492 700**	3 190 400

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben 1967 DM	Sachausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1967 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM	Einmalige Ausgaben 1967 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben 1967 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Kap.
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 279 800	1 277 100	**—**	—	**4 032 900**	276 500	**14 160 100**	+ 4 177 000	24 01
—	—	**312 500**	362 500	**—**	60 500 000	**312 500**	— 60 550 000	24 02
49 200 000	52 100 000	**99 023 000**	94 590 100	**38 268 000**	34 991 300	**186 491 000**	+ 4 809 600	24 03
12 672 700	13 640 100	**60 000**	60 000	**20 500**	213 500	**20 474 900**	— 661 100	24 04
63 152 500	67 017 200	**99 395 500**	95 012 600	**42 321 400**	95 981 300	**221 438 500**	— 52 224 500	
913 400	926 500	**145 000**	150 000	**26 700**	479 500	**8 577 500**	— 141 800	25 01
—	—	**1 170 211 300**	1 502 107 100	**30 486 800**	72 340 000	**1 200 698 100**	— 373 749 000	25 02
913 400	926 500	**1 170 356 300**	1 502 257 100	**30 513 500**	72 819 500	**1 209 275 600**	— 373 890 800	
501 600	507 700	**—**	—	**26 300**	21 200	**5 476 100**	— 400	26 01
—	—	**113 122 300**	255 751 800	**—**	350 000	**113 122 300**	— 142 979 500	26 02
281 700	293 200	**4 000**	5 000	**20 000**	—	**2 352 300**	— 173 800	26 03
421 500	396 500	**11 000**	17 000	**11 200**	—	**4 134 000**	+ 60 400	26 05
1 204 800	1 197 400	**113 137 300**	255 773 800	**57 500**	371 200	**125 084 700**	— 143 093 200	
1 924 000	1 556 100	**500**	500	**646 800**	38 900	**9 379 500**	+ 1 274 200	27 01
—	—	**226 789 000**	234 490 000	**1 117 800**	960 000	**227 906 800**	— 7 543 200	27 02
1 924 000	1 556 100	**226 789 500**	234 490 500	**1 764 600**	998 900	**237 286 300**	— 6 269 000	
156 500	185 600	**—**	—	**16 200**	—	**1 360 400**	+ 113 700	28 01
953 600	908 500	**—**	—	**14 300**	24 300	**4 322 700**	+ 199 500	29 01
—	—	**2 924 720 000**	3 089 095 000	**—**	—	**2 924 720 000**	— 164 375 000	29 02
36 800	—	**19 000**	—	**—**	—	**193 700**	+ 193 700	29 03
990 400	908 500	**2 924 739 000**	3 089 095 000	**14 300**	24 300	**2 929 236 400**	— 163 981 800	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6
	31				
	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung				
31 01	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	**42 000**	— 900	**9 462 200**	8 721 800
31 02	Bewilligungen für die allgemeine wissenschaftliche Forschung	**90 000**	— 20 000	—	—
31 03	Bewilligungen für die Atomkernenergieforschung und -nutzung	**1 181 200**	+ 986 500	—	—
31 04	Bewilligungen für die Weltraumforschung	**20 000**	— 5 980 000	—	—
31 05	Deutsches Historisches Institut in Paris	**300**	—	**440 800**	392 700
31 06	Deutsches Historisches Institut in Rom	**2 500**	+ 2 500	**804 100**	— *)
	Zusammen	**1 336 000**	— 5 011 900	**10 707 100**	9 114 500
	*) Im Rj. 1966 bei Kap. 06 30 veranschlagt				
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	**1 968 100**	+ 100 500	**8 883 900**	8 956 800
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	**1 157 700**	+ 7 600	—	—
	Zusammen	**3 125 800**	+ 108 100	**8 883 900**	8 956 800
	33				
	Versorgung				
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	**200 000**	—	**275 242 000**	241 670 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	**10 000**	— 20 000	**351 342 400**	460 261 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	**100 000**	—	**78 030 000**	81 650 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	**17 700 000**	+ 700 000	**1 802 994 000**	1 693 334 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	**16 000 000**	+ 2 500 000	**940 890 000**	838 340 000
	Zusammen	**34 010 000**	+ 3 180 000	**3 448 498 400**	3 315 255 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		
1967 DM	1966 DM	**1967** DM	1966 DM	**1967** DM	1966 DM	**1967** DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13	14	15
2 859 400	2 278 500	**736 000**	706 000	**1 016 500**	47 000	**14 074 100**	+ 2 320 800	31 01
—	—	**803 278 000**	620 079 100	—	262 500	**803 278 000**	+ 182 936 400	31 02
—	—	**262 167 300**	209 926 600	**308 623 000**	269 123 100	**570 790 300**	+ 91 740 600	31 03
—	—	**232 188 000**	206 076 000	**53 785 000**	22 000 000	**285 973 000**	+ 57 897 000	31 04
118 200	74 800	**74 000**	74 000	—	—	**633 000**	+ 91 500	31 05
220 500	—*)	**151 700**	—*)	**25 000**	—*)	**1 201 300**	+ 1 201 300	31 06
3 198 100	2 353 300	**1 298 595 000**	1 036 861 700	**363 449 500**	291 432 600	**1 675 949 700**	+ 336 187 600	
2 111 900	2 026 600	**59 465 700**	17 792 000	—	—	**70 461 500**	+ 41 686 100	32 03
—	—	**3 836 087 700**	2 662 231 700	—	—	**3 836 087 700**	+ 1 173 856 000	32 05
—	—	**— 150 000 000**	—	—	—	**— 150 000 000**	— 150 000 000	32 07
—	—	**— 150 000 000**	— 80 000 000	—	—	**— 150 000 000**	— 70 000 000	32 08
—	—	**298 330 900**	160 159 300	—	—	**298 330 900**	+ 138 171 600	32 09
2 111 900	2 026 600	**3 893 884 300**	2 760 183 000	—	—	**3 904 880 100**	+ 1 133 713 700	
— 351 342 400	— 460 261 000	—	—	—	—	**— 351 324 400**	+ 108 918 600	33 02
—	—	—	—	—	—	**275 242 000**	+ 33 572 000	33 03
—	—	—	—	—	—	**351 342 400**	— 108 918 600	33 04
—	—	—	—	—	—	**78 030 000**	— 3 620 000	33 06
—	—	—	—	—	—	**1 802 994 000**	+ 109 660 000	33 07
—	—	—	—	—	—	**940 890 000**	+ 102 550 000	33 08
— 351 342 400	— 460 261 000	—	—	—	—	**3 097 156 000**	+ 242 162 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1967 DM	1966 DM
1	2	3	4	5	6
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	2 500 000	— 200 000	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	1 000	— 9 000	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	200 000	— 50 000	—	—
35 06	Auftragsausgaben im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	—	—	—
35 11 a*)	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	38 320 000	— 14 180 000	—	—
35 11 b*)	Besatzungsfolgekosten in Berlin	209 400	+ 121 100	—	—
	Zusammen	41 230 400	— 14 317 900	—	—
	36				
	Zivile Verteidigung				
36 04	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	1 580 000	+ 135 000	—	—
36 05	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers für Wirtschaft	—	—	—	—
36 06	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	20 000	+ 10 000	—	—
36 07	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Verkehrs	45 000	+ 5 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	—	—	—
36 09	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	47 300	+ 2 600	—	—
36 10	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft	100	—	—	—
	Zusammen	1 692 400	+ 152 600	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	26 580 000 000	— 80 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuern	16 576 000 000	— 1 247 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	21 339 000 000	+ 2 132 000 000		
	Abgaben	10 300 000	— 4 700 000		
	Lastenausgleich	1 500 000 000	— 165 000 000		
	Zusammen	66 005 300 000	+ 635 300 000	—	—
60 02*)	Allgemeine Bewilligungen	528 877 700	— 31 022 000	11 100 000	100 000
60 04*)	Sonderleistungen des Bundes	14 015 000	+ 3 651 000	6 000 000	3 900 000
60 05	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—		—
60 06*)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	36 708 500	— 8 594 100	—	—
	Zusammen	66 584 901 200	+ 599 334 900	17 100 000	4 000 000

Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (Sp. 16—28)

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		**Ordentliche Ausgaben**		**Kap.**
1967	1966	**1967**	1966	**1967**	1966	**1967**	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	**248 924 100**	234 494 600	—	—	**248 924 100**	+ 14 429 500	35 02
—	—	**650 000**	3 651 000	—	—	**650 000**	— 3 001 000	35 03
—	—	**53 064 800**	47 375 900	—	—	**53 064 800**	+ 5 688 900	35 04
—	—	**500 000**	500 000	—	—	**500 000**	—	35 06
—	—	**61 051 000**	61 601 000	***) 47 350 000**	165 550 000	***) 108 401 000**	—*) 118 750 000	35 11 a*)
—	—	**14 339 000**	13 541 000	***) 160 000**	8 250 000	***) 14 499 000**	— *) 7 292 000	35 11 b*)
—	—	**378 528 900**	361 163 500	**47 510 000**	173 800 000	**426 038 900**	— 108 924 600	
—	—	**84 764 000**	74 600 000	**134 049 900**	185 450 000	**218 813 900**	— 41 236 100	36 04
—	—	**3 389 600**	4 015 800	**2 724 500**	2 721 700	**6 114 100**	— 623 400	36 05
—	—	**45 880 300**	50 315 000	**10 000**	—	**45 890 300**	— 4 424 700	36 06
—	—	**1 659 000**	4 866 800	**51 260 900**	54 889 800	**52 919 900**	— 6 836 700	36 07
—	—	**430 000**	409 000	**42 967 700**	51 051 000	**43 397 700**	— 8 062 300	36 08
—	—	**2 181 600**	2 875 000	**332 000**	170 000	**2 513 600**	— 531 400	36 09
—	—	—	—	**2 894 100**	2 565 000	**2 894 100**	+ 329 100	36 10
—	—	**138 304 500**	137 081 600	**234 239 100**	296 847 500	**372 543 600**	— 61 385 500	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 01
4 623 000	3 918 000	**415 955 000**	551 620 000	**599 471 600**	356 670 200	**1 031 149 600**	+ 1 222 081 400	60 02 *)
—	—	**4 079 122 000**	4 239 585 200	**4 200 000**	47 970 400	**4 089 322 000**	— 202 133 600	60 04 *)
—	—	**2 054 100 000**	2 355 000 000	—	—	**2 054 100 000**	— 300 900 000	60 05
—	—	**430 674 500**	366 239 800	—	1 710 000	**430 674 500**	+ 62 724 700	60 06 *)
4 623 000	3 918 000	**6 979 851 500**	6 409 205 000	**603 671 600**	406 350 600	**7 605 246 100**	+ 781 772 500	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1967 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1967 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
A 06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**13 500 000**	+ 13 500 000
A 06 25	Bundesgrenzschutz	—	—	**9 000 000**	+ 9 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**22 500 000**	+ 22 500 000
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
A 09 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**75 000 000**	+ 75 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**75 000 000**	+ 75 000 000
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**540 000 000**	+ 540 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**540 000 000**	+ 540 000 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen 1967 DM	Gesamteinnahmen 1966 DM	Gesamteinnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	**Gesamtausgaben** 1967 DM	Gesamtausgaben 1966 DM	Gesamtausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13
17 901 400	12 760 400	+ 5 141 000	**336 652 100**	364 909 900	— 28 257 800	A 06 02 und 06 02
2 907 500	2 929 400	— 21 900	**319 436 000**	318 507 400	+ 928 600	A 06 25 und 06 25
76 568 100	64 012 800	+ 12 555 300	**993 783 900**	968 932 800	+ 24 851 100	übrige Kapitel
97 377 000	79 702 600	+ 17 674 400	**1 649 872 000**	1 652 350 100	— 2 478 100	
425 900	482 000	— 56 100	**777 764 100**	648 855 200	+ 128 908 900	A 09 02 und 09 02
20 104 800	19 629 100	+ 475 700	**155 667 000**	128 207 500	+ 27 459 500	übrige Kapitel
20 530 700	20 111 100	+ 419 600	**933 431 100**	777 062 700	+ 156 368 400	
94 218 400	86 991 400	+ 7 227 000	**3 603 507 600**	4 156 649 300	— 553 141 700	A 10 02 und 10 02
561 714 200	763 304 400	— 201 590 200	**1 045 376 400**	585 079 600	+ 460 296 800	übrige Kapitel
655 932 600	850 295 800	— 194 363 200	**4 648 884 000**	4 741 728 900	— 92 844 900	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**1 705 800 000**	+ 1 705 800 000
A 12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	—	—	**148 439 700**	+ 148 439 700
A 12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	—	—	**1 000 000**	+ 1 000 000
A 12 09	Deutsche Hydrographisches Institut in Hamburg	—	—	**4 000 000**	+ 4 000 000
A 12 10	Bundesfernstraßen	—	—	**534 000 000**	+ 534 000 000
A 12 17	Luftfahrt	—	—	**12 113 000**	+ 12 113 000
Übrige Kap.	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**2 405 352 700**	+ 2 405 352 700
	14				
	Bundesminister der Verteidigung				
A 14 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**500 000 000**	— 500 000 000
A 14 12	Unterbringung	—	—	**1 857 300 000**	+ 1 857 300 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	
	Zusammen	—	—	**2 357 300 000**	+ 1 357 300 000
	15				
	Bundesminister für Gesundheitswesen				
A 15 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**24 000 000**	+ 24 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**24 000 000**	+ 24 000 000
	23				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**1 166 200 000**	+ 730 200 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**1 166 200 000**	+ 730 200 000
	24				
	Bundesschatzminister				
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**66 335 000**	+ 66 335 000
A 24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	—	—	**2 500 000**	+ 2 500 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**68 835 000**	+ 68 835 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen 1967 DM (7)	Gesamteinnahmen 1966 DM (8)	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM (9)	Gesamtausgaben 1967 DM (10)	Gesamtausgaben 1966 DM (11)	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM (12)	Kap. (13)
29 983 600	27 366 100	+ 2 617 500	**3 404 374 200**	2 948 640 800	+ 455 733 400	A 12 02
119 909 100	108 011 600	+ 11 897 500	**511 168 500**	418 288 700	+ 92 879 800	A 12 03
835 600	621 000	+ 214 600	**4 479 100**	2 480 400	+ 1 998 700	A 12 06
3 424 500	3 072 200	+ 352 300	**23 282 800**	14 996 700	+ 8 286 100	A 12 09
33 311 200	29 155 300	+ 4 155 900	**3 884 000 000**	3 400 000 000	+ 484 000 000	A 12 10
5 267 500	10 869 000	— 5 601 500	**55 112 900**	58 448 500	— 3 335 600	A 12 17
31 879 700	35 515 400	— 3 635 700	**898 700 400**	209 734 800	+ 688 965 600	übrige Kapitel
224 611 200	214 610 600	+ 10 000 600	**8 781 117 900**	7 052 589 900	+ 1 728 528 000	
319 015 000	241 460 000	+ 77 555 000	**2 843 862 800**	2 569 426 200	+ 274 436 600	14 02 u. A 14 02
82 330 000	72 399 800	+ 9 930 200	**3 035 310 000**	2 990 391 000	+ 44 919 000	14 12 u. A 14 12
9 524 200	8 990 900	+ 533 300	**13 714 077 200**	12 803 417 100	+ 910 660 100	übrige Kapitel
410 869 200	322 850 700	+ 88 018 500	**19 593 250 000**	18 363 234 300	+ 1 230 015 700	
3 138 600	2 800 000	+ 338 600	**62 578 300**	57 528 800	+ 5 049 500	15 02 u. A 15 02
1 948 900	1 485 800	+ 463 100	**34 324 300**	28 161 000	+ 6 163 300	übrige Kapitel
5 087 500	4 285 800	+ 801 700	**96 902 600**	85 689 800	+ 11 212 800	
143 928 100	167 655 000	— 23 726 900	**1 647 539 100**	1 544 445 400	+ 103 093 700	23 02 u. A 23 02
46 000	37 700	+ 8 300	**9 158 300**	7 814 100	+ 1 344 200	23 01
143 974 100	167 692 700	— 23 718 600	**1 656 697 400**	1 552 259 500	+ 104 437 900	
75 827 300	70 770 000	+ 5 057 300	**66 647 500**	60 862 500	+ 5 785 000	A 24 02 u. 24 02
260 320 200	249 991 700	+ 10 328 500	**188 991 000**	181 681 400	+ 7 309 600	A 24 03 u. 24 03
1 453 200	1 102 800	+ 350 400	**34 635 000**	31 119 100	+ 3 515 900	übrige Kapitel
337 600 700	321 864 500	+ 15 736 200	**290 273 500**	273 663 000	+ 16 610 500	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1967 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1967 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4	5	6
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**352 137 000**	+ 352 137 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**352 137 000**	+ 352 137 000
	29				
	Bundesminister für Familie und Jugend				
A 29 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**20 000 000**	+ 20 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**20 000 000**	+ 20 000 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	**8 053 224 700**	+ 6 617 224 700	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	**8 053 224 700**	+ 6 617 224 700	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	—	—	**126 500 000**	+ 126 500 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	**9 000 000**	+ 9 000 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**135 500 000**	+ 135 500 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**98 000 000**	+ 98 000 000
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	**485 000 000**	+ 485 000 000
A 60 05	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	**303 400 000**	+ 303 400 000
A 60 06	Überstaatliche Zusammenschlüsse und gewisse zwischenstaatliche Organisationen von erheblicher finanzieller Bedeutung	—	—	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**886 400 000**	+ 886 400 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			
1967 DM	1966 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	**1967** DM	1966 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	**Kap.**
7	8	9	10	11	12	13
233 445 300	229 341 200	+ 4 104 100	**1 552 835 100**	1 574 447 100	— 21 612 000	A 25 02 und 25 02
36 600	29 300	+ 7 300	**8 577 500**	8 719 300	— 141 800	übrige Kapitel
233 481 900	229 370 500	+ 4 111 400	**1 561 412 600**	1 583 166 400	— 21 753 800	
2 730 000	3 400 000	— 670 000	**2 944 720 000**	3 089 095 000	— 144 375 000	A 29 02 und 29 02
6 300	2 100	+ 4 200	**4 516 400**	4 123 200	+ 393 200	übrige Kapitel
2 736 300	3 402 100	— 665 800	**2 949 236 400**	3 093 218 200	— 143 981 800	
8 053 224 700	1 436 000 000	+ 6 617 224 700	—	—		A 32 01 und 32 01
3 125 800	3 017 700	+ 108 100	**3 904 880 100**	2 771 166 400	+ 1 133 713 700	übrige Kapitel
8 056 350 500	1 439 017 700	+ 6 617 332 800	**3 904 880 100**	2 771 166 400	+ 1 133 713 700	
38 320 000	52 500 000	— 14 180 000	**234 901 000**	227 151 000	+ 7 750 000	35 11 a und A 35 11 a
209 400	88 300	+ 121 100	**23 499 000**	21 791 000	+ 1 708 000	35 11 b und A 35 11 b
2 701 000	2 960 000	— 259 000	**303 138 900**	286 021 500	+ 17 117 400	übrige Kapitel
41 230 400	55 548 300	— 14 317 900	**561 538 900**	534 963 500	+ 26 575 400	
528 877 700	559 899 700	— 31 022 000	**1 129 149 600**	— 190 931 800	+ 1 320 081 400	A 60 02 u. 60 02
14 015 000	10 364 000	+ 3 651 000	**4 574 322 000**	4 291 455 600	+ 282 866 400	A 60 04 u. 60 04
—	—	—	**2 357 500 000**	2 355 000 000	+ 2 500 000	A 60 05 u. 60 05
36 708 500	45 302 600	— 8 594 100	**430 674 500**	367 949 800	+ 62 724 700	A 60 06 u. 60 06
66 005 300 000	65 370 000 000	+ 635 300 000	—	—	—	übrige Kapitel
66 584 901 200	65 985 566 300	+ 599 334 900	**8 491 646 100**	6 823 473 600	+ 1 668 172 500	

Gesamtplan **Einnahmen**

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM
1	2	3	4
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	**15 800**	— 1 600
02	Deutscher Bundestag	**659 200**	— 24 200
03	Bundesrat	**25 000**	+ 800
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**523 800**	— 52 300
05	Auswärtiges Amt	**10 313 600**	+ 4 241 600
06	Bundesminister des Innern	**97 377 000**	+ 17 674 400
07	Bundesminister der Justiz	**76 164 000**	+ 2 507 200
08	Bundesminister der Finanzen	**38 258 100**	— 347 400
09	Bundesminister für Wirtschaft	**20 530 700**	+ 419 600
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**655 932 600**	— 194 363 200
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	**18 881 500**	— 1 058 900
12	Bundesminister für Verkehr	**224 611 200**	+ 10 000 600
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**5 124 000**	— 1 756 400
14	Bundesminister der Verteidigung	**410 869 200**	+ 88 018 500
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	**5 087 500**	+ 801 700
19	Bundesverfassungsgericht	**29 500**	+ 10 500
20	Bundesrechnungshof	**17 600**	— 1 900
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**143 974 100**	— 23 718 600
24	Bundesschatzminister	**337 600 700**	+ 15 736 200
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	**233 481 900**	+ 4 111 400
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**12 372 900**	— 13 908 400
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**260 600**	— 61 100
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	**3 000**	+ 300
29	Bundesminister für Familie und Jugend	**2 736 300**	— 665 800
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	—	— 4 400
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	**1 336 000**	— 5 011 900
32	Bundesschuld	**3 125 800**	+ 108 100
33	Versorgung	**34 010 000**	+ 3 180 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	**41 230 400**	— 14 317 900
36	Zivile Verteidigung	**1 692 400**	+ 152 600
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**66 584 901 200**	+ 599 334 900
	Insgesamt	**68 961 145 600**	+ 491 052 800

Gesamtplan

Außerordentliche Einnahmen		Gesamteinnahmen			
1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	1967 DM	1966 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
5	6	7	8	9	10
—	—	15 800	17 400	— 1 600	01
—	—	659 200	635 000	+ 24 200	02
—	—	25 000	24 200	+ 800	03
—	—	523 800	576 100	— 52 300	04
—	—	10 313 600	6 072 000	+ 4 241 600	05
—	—	97 377 000	79 702 600	+ 17 674 400	06
—	—	76 164 000	73 656 800	+ 2 507 200	07
—	—	38 258 100	38 605 500	— 347 400	08
—	—	20 530 700	20 111 100	+ 419 600	09
—	—	655 932 600	850 295 800	— 194 363 200	10
—	—	18 881 500	19 940 400	— 1 058 900	11
—	—	224 611 200	214 610 600	+ 10 000 600	12
—	—	5 124 000	6 880 400	— 1 756 400	13
—	—	410 869 200	322 850 700	+ 88 018 500	14
—	—	5 087 500	4 285 800	+ 801 700	15
—	—	29 500	19 000	+ 10 500	19
—	—	17 600	19 500	— 1 900	20
—	—	143 974 100	167 692 700	— 23 718 600	23
—	—	337 600 700	321 864 500	+ 15 736 200	24
—	—	233 481 900	229 370 500	+ 4 111 400	25
—	—	12 372 900	26 281 300	— 13 908 400	26
—	—	260 600	321 700	— 61 100	27
—	—	3 000	2 700	+ 300	28
—	—	2 736 300	3 402 100	— 665 800	29
—	—	—	4 400	— 4 400	30
—	—	1 336 000	6 347 900	— 5 011 900	31
8 053 224 700	+ 6 617 224 700	8 056 350 500	1 439 017 700	+ 6 617 332 800	32
—	—	34 010 000	30 830 000	+ 3 180 000	33
—	—	41 230 400	55 548 300	— 14 317 900	35
—	—	1 692 400	1 539 800	+ 152 600	36
—	—	66 584 901 200	65 985 566 300	+ 599 334 900	60
8 053 224 700	+ 6 617 224 700	77 014 370 300	69 906 092 800	+ 7 108 277 500	

Gesamtplan

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben 1967 DM	Personalausgaben 1966 DM	Sachausgaben 1967 DM	Sachausgaben 1966 DM	Allgemeine Ausgaben 1967 DM	Allgemeine Ausgaben 1966 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 136 000	2 061 800	1 209 300	1 181 300	2 773 500	3 055 000
02	Deutscher Bundestag	14 602 600	14 845 000	7 887 000	6 964 500	33 607 800	34 334 400
03	Bundesrat	1 826 200	1 708 800	724 300	664 400	434 000	424 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	18 785 900	17 493 100	— 2 653 600	— 3 471 400	154 765 000	150 467 100
05	Auswärtiges Amt	212 409 200	191 892 700	61 739 000	58 508 100	282 194 300	277 473 800
06	Bundesminister des Innern	336 902 000	321 716 400	40 653 900	40 007 700	1 033 500 600	1 030 978 600
07	Bundesminister der Justiz	72 420 400	67 537 800	8 831 100	8 570 200	8 930 300	8 139 400
08	Bundesminister der Finanzen	638 986 900	599 936 500	171 065 700	160 287 200	9 381 200	12 778 500
09	Bundesminister für Wirtschaft	97 820 900	87 786 600	15 209 600	14 654 200	114 325 500	135 909 200
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	67 481 600	58 394 100	13 698 300	12 305 300	3 531 101 000	3 850 841 600
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	35 618 600	33 363 900	3 873 900	3 670 400	14 454 224 600	13 632 531 400
12	Bundesminister für Verkehr	247 440 800	212 536 700	— 4 039 800	— 5 347 700	6 013 582 900	6 626 973 300
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	103 400	100 300	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	6 126 741 600	5 582 980 100	1 438 911 400	1 490 426 800	4 684 183 400	4 007 123 900
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	22 301 300	17 956 600	4 527 400	3 628 700	40 897 200	58 838 600
19	Bundesverfassungsgericht	3 097 600	2 978 000	446 100	436 100	4 000	4 000
20	Bundesrechnungshof	12 354 700	12 353 500	1 832 700	1 863 300	100 000	80 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	7 375 500	6 023 900	1 526 500	1 585 200	481 339 100	988 845 400
24	Bundesschatzminister	16 569 100	15 651 900	63 152 500	67 017 200	99 395 500	95 012 600
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	7 492 400	7 163 300	913 400	926 500	1 170 356 300	1 302 257 100
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	10 685 100	10 835 600	1 204 800	1 197 400	113 137 300	255 773 800
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	6 808 200	6 509 800	1 924 000	1 556 100	226 789 500	234 490 500
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	1 187 700	1 061 100	156 500	185 600	—	—
29	Bundesminister für Familie und Jugend	3 492 700	3 190 400	990 400	908 500	2 924 739 000	3 089 095 000
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	—	505 500	—	276 700	—	—
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	10 707 100	9 114 500	3 198 100	2 353 300	1 298 595 000	1 036 861 700
32	Bundesschuld	8 883 900	8 956 800	2 111 900	2 026 600	3 893 884 300	2 760 183 000
33	Versorgung	3 448 498 400	3 315 255 000	— 351 342 400	— 460 261 000	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	—	—	378 528 900	361 163 500
36	Zivile Verteidigung	—	—	—	—	138 304 500	137 081 600
60	Allgemeine Finanzverwaltung	17 100 000	4 000 000	4 623 000	3 918 000	6 979 851 500	6 409 205 000
	Insgesamt	11 449 829 800	10 613 909 700	1 492 375 000	1 416 039 200	48 068 926 200	46 708 522 000

Gesamtplan

Einmalige Ausgaben 1967 DM	Einmalige Ausgaben 1966 DM	Ordentliche Ausgaben 1967 DM	Ordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1967 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Gesamtausgaben 1967 DM	Gesamtausgaben 1966 DM	Gesamtausgaben gegenüber 1966 mehr (+) weniger (—) DM	Epl.
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
15 500	40 600	6 134 300	— 204 400	—	—	6 134 300	6 338 700	— 204 400	01
16 088 400	4 045 400	72 185 800	+ 11 996 500	—		72 185 800	60 189 300	+ 11 996 500	02
—	36 000	2 984 500	+ 151 300	—		2 984 500	2 833 200	+ 151 300	03
736 600	284 400	171 633 900	+ 6 860 700	—	—	171 633 900	164 773 200	+ 6 860 700	04
109 863 400	113 479 400	666 205 900	+ 24 851 900	—	—	666 205 900	641 354 000	+ 24 851 900	05
216 315 500	250 647 400	1 627 372 000	— 24 978 100	22 500 000	+ 22 500 000	1 649 872 000	1 652 350 100	— 2 478 100	06
252 600	342 500	90 434 400	+ 5 844 500	—	—	90 434 400	84 589 900	+ 5 844 500	07
24 947 100	18 823 100	844 380 900	+ 52 555 600	—	—	844 380 900	791 825 300	+ 52 555 600	08
631 075 100	538 712 700	858 431 100	+ 81 368 400	75 000 000	+ 75 000 000	933 431 100	777 062 700	+ 156 368 400	09
496 603 100	820 187 900	4 108 884 000	— 632 844 900	540 000 000	+ 540 000 000	4 648 884 000	4 741 728 900	— 92 844 900	10
13 815 700	16 769 000	14 507 532 800	+ 821 198 100	—	—	14 507 532 800	13 686 334 700	+ 821 198 100	11
118 781 300	218 427 600	6 375 765 200	— 676 824 700	2 405 352 700	+ 2 405 352 700	8 781 117 900	7 052 589 900	+ 1 728 528 000	12
1 400 000	900 000	1 503 400	+ 503 100	—	—	1 503 400	1 000 300	+ 503 100	13
4 986 113 600	6 282 703 500	17 235 950 000	— 127 284 300	2 357 300 000	+ 1 357 300 000	19 593 250 000	18 363 234 300	+ 1 230 015 700	14
5 176 700	5 265 900	72 902 600	— 12 787 200	24 000 000	+ 24 000 000	96 902 600	85 689 800	+ 11 212 800	15
5 016 000	2 014 200	8 563 700	+ 3 131 400	—	—	8 563 700	5 432 300	+ 3 131 400	19
—	18 400	14 287 400	— 27 800	—	—	14 287 400	14 315 200	— 27 800	20
256 300	119 805 000	490 497 400	— 625 762 100	1 166 200 000	+ 730 200 000	1 656 697 400	1 552 259 500	+ 104 437 900	23
42 321 400	95 981 300	221 438 500	— 52 224 500	68 835 000	+ 68 835 000	290 273 500	273 663 000	+ 16 610 500	24
30 513 500	72 819 500	1 209 275 600	— 373 890 800	352 137 000	+ 352 137 000	1 561 412 600	1 583 166 400	— 21 753 800	25
57 500	371 200	125 084 700	— 143 093 300	—	—	125 084 700	268 178 000	— 143 093 300	26
1 764 600	998 900	237 286 300	— 6 269 000	—	—	237 286 300	243 555 300	— 6 269 000	27
16 200	—	1 360 400	+ 113 700	—	—	1 360 400	1 246 700	+ 113 700	28
14 300	24 300	2 929 236 400	— 163 981 800	20 000 000	+ 20 000 000	2 949 236 400	3 093 218 200	— 143 981 800	29
—	93 000	—	— 875 200	—	—	—	875 200	— 875 200	30
363 449 500	291 432 600	1 675 949 700	+ 336 187 600	—	—	1 675 949 700	1 339 762 100	+ 336 187 600	31
—	—	3 904 880 100	+ 1 133 713 700	—	—	3 904 880 100	2 771 166 400	+ 1 133 713 700	32
—	—	3 097 156 000	+ 242 162 000	—	—	3 097 156 000	2 854 994 000	+ 242 162 000	33
47 510 000	173 800 000	426 038 900	— 108 924 600	135 500 000	+ 135 500 000	561 538 900	534 963 500	+ 26 575 400	35
234 239 100	296 847 500	372 543 600	— 61 385 500	—	—	372 543 600	433 929 100	— 61 385 500	36
603 671 600	406 350 600	7 605 246 100	+ 781 772 500	886 400 000	+ 886 400 000	8 491 646 100	6 823 473 600	+ 1 668 172 500	60
7 950 014 600	9 731 221 900	68 961 145 600	+ 491 052 800	8 053 224 700	+ 6 617 224 700	77 014 370 300	69 906 092 800	+ 7 108 277 500	